Kernkraftwerk Philippsburg GmbH

7522 Philippsburg, Rheinschanzinsel

Genehmigung für den Betrieb des Kernkraftwerkes Philippsburg Block 2

(3. Teilbetriebsgenehmigung)

21. April 1986

G e n e h m i g u n g

für den Betrieb des

Kernkraftwerks Philippsburg Block II

(3. Teilbetriebsgenehmigung)

IV 8760-KKP 11/3644

Stuttgart, den 2. April 1986

Genehmigung für den Betrieb des
Kernkraftwerks Philippsburg Block II
(3. Teilbetriebsgenehmigung)

I.

Das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie Baden-Württemberg (Wirtschaftsministerium) erteilt im Einvernehmen mit dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten Baden-Württemberg (Ernährungsministerium) und dem Innenministerium Baden-Württemberg (Innenministerium) gemäß § 7 des Atomgesetzes (AtG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.7.1985 (BGBl. I S. 1565) der

Kernkraftwerk Philippsburg GmbH,
Philippsburg

als Inhaberin der Kernanlage die Genehmigung, nach Maßgabe der Unterlagen in Abschnitt II und der Auflagen in Abschnitt III das Kernkraftwerk Philippsburg Block II (KKP II) bis zu einer maximalen thermischen Reaktorleistung von 3765 Megawatt (entspricht 100 %) beginnend mit dem Wiederanfahren nach dem ersten Brennelementwechsel zu betreiben.

Mit der Erteilung dieser Genehmigung ist das mit Antrag der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH vom 27.6.1975, dem die Kraftwerk Union AG mit Schreiben vom 30.12.1976 beigetreten ist, eröffnete Genehmigungsverfahren abgeschlossen.

II.

Der Genehmigung liegen die nachfolgend aufgeführten Unterlagen zugrunde:

1. Anträge

- 1.1 Schreiben der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH
PL-KKP 2 eg-hu 103/3.1.6.1.9 vom 18.6.1984 an das
Wirtschaftsministerium
- 1.2 Schreiben der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH
PL-KKP 2 eg-zn 103/3.1.6.1.9 vom 2.11.1984 an das
Wirtschaftsministerium
- 1.3 Schreiben der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH
PL-KKP 2 eg-fi 103/3.1.6.1.9 vom 5.11.1984 an das
Wirtschaftsministerium
- 1.4 Schreiben der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH
PL-KKP 2 eg-sc 103/3.1.6.1.9 vom 19.8.1985 an das
Wirtschaftsministerium
- 1.5 Schreiben der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH
PL-KKP 2 eg-hu 103/3.1.6.1.9 vom 9.10.1985 an das
Wirtschaftsministerium

2. Vertreter der Genehmigungsinhaberin, Verantwortliche
Personen, Objektsicherungsbeauftragter

- 2.1 Schreiben der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH
Vertreter der Genehmigungsinhaberin
PL/A-Eg/Mo 102/3.1.6.1 vom 24.6.1975
an das Wirtschaftsministerium
vo-be/3.1.6.1.1 vom 16.10.1981
an das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung
Baden-Württemberg (Sozialministerium)
pa-ma 3.1.6.1/1 vom 7.12.1982
an das Sozialministerium
vo-be/3.1.6.1.1 vom 29.7.1983
an das Wirtschaftsministerium
vo-be vom 25.11.1985
an das Ernährungsministerium
- 2.2 Schreiben der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH
an das Ernährungsministerium
Verantwortliche Personen
PL-KKP 2 Dr. Mc-Tho 103/3.1.6.1.1 vom 14.4.1986
wi-ma 103/3.1.6.1/3.6.3 vom 9.4.1985
wi-fc 3.1.6.1/2 vom 7.8.1985
wi-fc 3.1.6.1/2 vom 1.10.1985
wi-fc/3.1.6.1/2 vom 14.10.1985
wi-fc/3.1.6.1/2 vom 7.11.1985
wi-fc/3.1.6.1/2 vom 2.1.1986
wi-fc/3.1.6.1/2 vom 20.1.1986
PL-KKP 2 Dr. Mc-Tho 101/103/3.1.6.1 vom 8.4.1986
PL-KKP 2 Dr. Mc-Tho 101/3.1.6.1.1 103/3.1.6.1.1 vom 14.4.1986
- 2.3 Schreiben der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH
Objektsicherungsbeauftragter
wr-ker vom 12.6.1984

3. Sicherheitsbericht, Qualitätssicherung und Anlagensicherung

- 3.1 Sicherheitsbericht der KWU AG für das Kernkraftwerk Philippsburg Block II in der Fassung vom Februar 1984, Band 1, 2 und 3
- 3.2 KKP-Unterlage
Rev. 3 vom 15.4.1986
Qualitätssicherung Rahmenbeschreibung
Kernkraftwerk Philippsburg GmbH
- 3.3 Unterlagen zur Anlagensicherung, die im Schreiben des Wirtschaftsministeriums, Az. IV 8760.2 KKP II/116 vom 18.04.1986 aufgeführt sind.

4. Betrieb

- 4.1 Betriebshandbuch für KKP II
- 4.2 KKP-Unterlage
Prüfliste 2, Rev. c vom 20.3.1986
- 4.3 Technischer Bericht der KWU
R 163/85/321 b vom 9.4.1986
Rahmenplan für Brennelementwechsel im Kernkraftwerk
Philippsburg II
- 4.4 KKP-Schreiben
wwo-fc/3.1.6.1/2 vom 11.2.1986 an
das Ernährungsministerium
mit Auflistung von schriftlichen betrieblichen Re-
gelungen (SAW, BAW, FAW) - Stand Januar 1986
- 4.5 KKP-Schreiben
KKP 2-Pl-eg-hu 103/3.1.6.1.10 vom 5.11.1985
Dokumentation Bautechnik, Maschinenteknik
PL-KKP 2 eg-fi 103/3.1.6.1.10 vom 20.12.1985
Dokumentation Elektrotechnik, Leittechnik
PL-KKP 2 eg-fi 103/3.1.6.1.10 vom 26.2.1986
Dokumentation Kernbauteile
- 4.6 KWU-Arbeitsbericht
R 10/84/2009 vom 30.1.1984
Beschreibung der Fahrweisen im Streckbetrieb über
einen Zeitraum von 60 Tagen
- 4.7 KWU-Arbeitsbericht
R 10/84/2054 vom 22.5.1984
Konzept für eine Streckbetriebsfahrweise mit maxi-
maler Leistungsausbeute über einen Zeitraum von
80 Tagen
- 4.8 KKP-Schreiben
wb-ma vom 13.6.1984 an das Sozialministerium
Eichen von Meßgeräten zur Bestimmung der Personen-
äquivalentdosis
- 4.9 KKP-Schreiben
wi-ab/3.1.6.1 vom 13.7.1984
an das Sozialministerium
Personenkontamination

- 4.10 KWU-Sicherheitsbericht zur Kompaktlagerung von Brennelementen im Brennelementlagerbecken des Kernkraftwerks Philippsburg 1300 MWe-DWR vom Oktober 1981 mit Ausnahme des Kapitels 15 und des letzten Absatzes des Kapitels 16 sowie der zugehörigen Abbildungen Nr. 12, 13, 14 und 15
- 4.11 KWU-Zeichnung
R 323 F-11-5851 k vom 03.05.1982
Belegung BE-Lagerbecken (kompakt)
- 4.12 KWU-Bericht
B 111/158/79 c vom 25.1.1983
Auslegungsgrundlagen für die Kernbauteile,
Kernkraftwerk Philippsburg 2
- 4.13 KWU-Arbeitsbericht
B 112/84/252 vom 18.10.1984
Auslegung der Brennelementstruktur mit Zircaloy-Führungsrohren und Inconel-Abstandhaltern, Philippsburg 2 mit den hierzu zitierten Berichten:
 - 4.13.1 KWU-Arbeitsbericht
B 112/177/81a vom 16.11.1981
Auslegung der Brennelementstruktur mit Zry-Abstandhaltern für den bestimmungsgemäßen Betrieb, Grohnde, Brokdorf
 - 4.13.2 KWU-Arbeitsbericht
B 112/218/81 vom 26.11.1981
Auslegung der Brennelementstruktur mit Zry-Abstandhaltern für Sicherheitserdbeben und Flugzeugabsturz (Horizontalanalyse), Grohnde, Brokdorf
 - 4.13.3 KWU-Arbeitsbericht
B 112/18/82 vom 5.2.1982
Auslegung der Brennelementstruktur mit Zry-Abstandhaltern für den Kühlmittelverluststörfall (vertikal), Grohnde, Brokdorf
 - 4.13.4 KWU-Arbeitsbericht
B 112/23/82 vom 11.2.1982
Auslegung der Brennelementstruktur mit Zry-Abstandhaltern für den Kühlmittelverluststörfall (Horizontalanalyse), Grohnde, Brokdorf

Die Unterlagen 4.13.1 bis 4.13.4 gelten nur insoweit, als auf Teile von ihnen in der Unterlage 4.13 verwiesen ist.

Außerdem liegen dieser Genehmigung die Unterlagen zugrunde, die in den bisher erteilten atomrechtlichen Teilerrichtungsgenehmigungen aufgeführt sind. Die Unterlagen wurden in der Zwischenzeit in zahlreichen Fällen einem Änderungsverfahren unterzogen.

III.

Die Genehmigung wird mit den nachfolgend aufgeführten Auflagen verbunden;

Übersicht:	Seite
1. Allgemeines	9
2. Personal	13
3. Kernbauteile	15
4. Auflagen für den Beginn verschiedener Einzelmaßnahmen	16
5. Allgemeine Auflagen zur Anlagensicherheit	20
6. Schriftliche betriebliche Regelungen, Dokumentation	22
7. Änderungen, Instandsetzungen	24
8. Strahlenschutz	26
9. Notfallschutz	28
10. Entsorgung	29
11. Streckbetrieb	30
12. Regelmäßige Berichtspflichten	31

Hinweis:

Die Auflagen lassen sich den einzelnen Überschriften nicht immer eindeutig zuordnen. Die Unterteilung dient nur zur Erleichterung der Handhabung.

1. Allgemeines

1.1 Die Anlage ist entsprechend dem zum Zeitpunkt der Erteilung dieser Genehmigung geltenden kerntechnischen Regelwerk zu betreiben.

Insbesondere gelten die folgenden kerntechnischen Vorschriften bzw. Regelungen:

- "Sicherheitskriterien für Kernkraftwerke" des Bundesministers des Innern,
- "RSK-Leitlinien für Druckwasserreaktoren" der Reaktor-Sicherheitskommission,
- Richtlinien, Empfehlungen und Bekanntmachungen des Bundesministers des Innern auf dem Gebiet der Kerntechnik und des Strahlenschutzes,
- Regeln des Kerntechnischen Ausschusses.

Aus dem konventionellen Regelwerk sind insbesondere die folgenden Vorschriften zu beachten:

- Richtlinien, Sicherheitsregeln und Merkblätter der Träger der gesetzlichen Unfallversicherungen,
- DIN-Normen,
- VDE-Bestimmungen.

1.2 Bei meldepflichtigen Ereignissen im Sinne der Anordnung des Ernährungsministerium Az. 91-3412.3 vom 7.10.1985 ist folgendes zu veranlassen:

- Die in der Anordnung geforderten Mitteilungen sind gleichzeitig dem TÜV Baden zu übermitteln. Der TÜV Baden ist außerdem bei nicht planmäßigen Reaktorschnellabschaltungen unverzüglich zu informieren.
- Bei meldepflichtigen Ereignissen, die radiologische Auswirkungen auf die Umgebung haben können, ist außerdem die Landesanstalt für Umweltschutz unverzüglich zu informieren.
- Bei meldepflichtigen Ereignissen der Kategorien S und E sind die zu ergreifenden Maßnahmen erst nach Anhörung der Sachverständigen zu treffen. Die vorherige Anhörung von Sachverständigen entfällt bei Maßnahmen zur Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr.
- Nach Abschluß der Sachverhaltsermittlungen ist dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden eine Stellungnahme zu jedem meldepflichtigen Ereignis zu übersenden, soweit dies nicht bereits abschließend mit der Meldung erfolgt ist. In dieser Stellungnahme ist darzustellen, welche Konsequenzen aus dem meldepflichtigen Ereignis gezogen wurden oder gezogen werden sollen. Sind die Ermittlungen innerhalb von sechs Wochen nach Erkennen des meldepflichtigen Ereignisses nicht abgeschlossen, so ist dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden über die bis dahin gewonnenen Erkenntnisse und das Veranlaßte schriftlich zu berichten.

Die Sicherung betreffende besondere Vorkommnisse sind dem Ernährungsministerium und dem Innenministerium unverzüglich zu melden.

1.3 Jeweils acht Wochen, nachdem die Gesellschaft für Reaktorsicherheit oder das Ernährungsministerium der KKP GmbH besondere Vorkommnisse in anderen kerntechnischen Anlagen schriftlich bekannt gemacht hat, ist dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden eine Stellungnahme zu übersenden. Bei Quartalsberichten der Gesellschaft für Reaktorsicherheit verlängert sich die Frist auf vier Monate. In dieser Stellungnahme ist nach Überprüfung des Sachverhalts mitzuteilen, welche Konsequenzen aus sicherheitstechnischen Gründen bei KKP II gezogen wurden oder gezogen werden sollen.

1.4 Anträge an andere Behörden auf Erteilung von Genehmigungen, Erlaubnissen und Bewilligungen, die

- den Arbeitsschutz (ohne Arbeitszeitordnung),
- den Immissionsschutz,
- das Baurecht oder
- das Wasserrecht

betreffen, sind nachrichtlich gleichzeitig dem Ernährungsministerium zu übersenden.

- 1.5 Durch vertragliche Regelungen mit dem Anlagenhersteller ist sicherzustellen, daß dieser bei schweren Störungen in der Anlage technische Beratung und sonstige technische Unterstützung jederzeit und hinreichend schnell leistet.
- 1.6 Zur Anlagensicherung sind die Forderungen der Schreiben des Wirtschaftsministeriums Az. IV 8760.2 - KKP II/95 vom 24.8.1984 und IV 8760.2-KKP II/116 vom 18.4.1986 zu erfüllen.
- 1.7 Werden im Zusammenhang mit einem meldepflichtigen Ereignis gemäß Auflage 1.2 Anlagenteile mit sicherheitstechnischer Bedeutung vom Standort entfernt, ist dies dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden unverzüglich mitzuteilen.

2. Personal

2.1 Die Bestellung und das Ausscheiden eines gesetzlichen Vertreters für die Inhaberin dieser Genehmigung sind dem Ernährungsministerium unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

2.2 Personen, die als verantwortliche Personen hauptamtlich oder stellvertretend als

- Leiter der Anlage,
- Fachbereichsleiter,
- Störfallanalyseningenieur,
- Teilbereichsleiter,
- Leiter der Qualitätsstelle,
- Schichtleiter,
- Reaktorfahrer,
- Strahlenschutzbeauftragter,
- Ausbildungsleiter

oder in einer vergleichbaren Funktion tätig werden, müssen ihre Fachkunde entsprechend der Richtlinie für den Fachkundenachweis von Kernkraftwerkspersonal (GMB1. 1984, S. 192) bzw. der Richtlinie für Programme zur Erhaltung der Fachkunde des verantwortlichen Schichtpersonals in Kernkraftwerken (GMB1. 1979, S. 238) gegenüber dem Ernährungsministerium nachweisen. Die Funktionen entsprechen den genannten Richtlinien; der Störfallanalyseningenieur muß die Fachkunde eines Fach- oder Teilbereichsleiters im Fachbereich Betrieb, der Leiter der Qualitätsstelle die eines Fach- oder Teilbereichsleiters nachweisen.

Die Nachweise über die Fachkunde sind dem Ernährungsministerium jeweils einen Monat vor Ausübung der neuen Funktion zu übersenden.

2.3 Verantwortliche Personen im Sinne von Auflage 2.2 sowie der Objektsicherungsbeauftragte und dessen Stellvertreter sind schriftlich zu bestellen.

Aus dem Bestellungsschreiben muß der Zuständigkeits- und Verantwortungsbereich insbesondere hinsichtlich der Einhaltung gesetzlicher Vorschriften und der Bestimmungen dieses Bescheids hervorgehen.

Eine Mehrfertigung des Bestellungsschreibens ist dem Ernährungsministerium zu übersenden.

Änderungen von Zuständigkeits- und Verantwortungsbereichen verantwortlicher Personen sind schriftlich vorzunehmen. Die Änderungen und das Ausscheiden verantwortlicher Personen sind dem Ernährungsministerium unverzüglich schriftlich anzuzeigen.

3. Kernbauteile

3.1 Das Einbringen von Kernbauteilen für Folgekerne ist nur zulässig, wenn die Auflagen 3.1.1 und 3.1.2 erfüllt sind.

3.1.1 Ergeben sich für die Kernbauteile Änderungen gegenüber den bereits begutachteten oder vorgeprüften Unterlagen zur Auslegung und Fertigung der vorlaufenden Kerne, so sind dem TÜV Baden folgende Unterlagen vorzulegen:

- Unterlagen zur sicherheitstechnischen Nachweisführung,
- Auslegungsbericht für Kernbauteile,
- Spezifikationen, Fertigungszeichnungen, Stücklisten, Schweißpläne, Fertigungs- und Prüffolgeplan,
- Unterlagen zur rechnerischen Vorprüfung.

Die Fertigung von Kernbauteilen hat nach vom TÜV Baden geprüften Unterlagen zu erfolgen.

3.1.2 Der Fertigungsbeginn von Kernbauteilen ist dem TÜV Baden rechtzeitig unter Vorlage eines Terminplans mitzuteilen. Die Einhaltung der Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität ist dem bauüberwachenden Sachverständigen im Rahmen von Fertigungskontrollen nachzuweisen.

3.2 Im Brennelementlagerbecken muß jederzeit Platz für die Ausladung des kompletten Kerns (entspricht 193 BE-Positionen) freigehalten werden.

4. Auflagen für den Beginn verschiedener Einzelmaßnahmen

- 4.1 Vor dem Wiederaufstarten des Reaktors sowohl nach einem Brennelementwechsel als auch nach einem störfallbedingten Stillstand von mehr als 14 Tagen ist dem Ernährungsministerium nachzuweisen, daß die sicherheitstechnischen Voraussetzungen für das Wiederaufstarten erfüllt sind. Hierzu gehört auch, daß die während des Stillstandes durchgeführten Prüfungen und Untersuchungen keine Abweichungen vom genehmigten Anlagenzustand oder sonstige sicherheitstechnisch bedeutsame Erkenntnisse ergeben haben, die einem Wiederaufstarten des Reaktors aus sicherheitstechnischen Gründen entgegenstehen.

Das Ernährungsministerium kann die Untersuchung und Klärung von sicherheitstechnischen Fragestellungen vor dem Wiederaufstarten des Reaktors verlangen, die sich im Zusammenhang mit einem Brennelementwechsel oder einem störfallbedingten Stillstand ergeben haben.

Vor dem Wiederaufstarten des Reaktors ist ferner dem Ernährungsministerium nachzuweisen, daß die richtige Einstellung der Grenzwerte und Potentiometer des Reaktorschutzsystems JR, der Dampferzeuger-Druckabsicherung JT 60 und der Begrenzungseinrichtungen JTP für den nachfolgenden Betriebszustand in Gegenwart des TÜV Baden vorgenommen wurde.

Das Ernährungsministerium stellt fest, daß die sicherheitstechnischen Voraussetzungen für das Wiederaufstarten erfüllt sind, und bestätigt dies der Genehmigungsinhaberin.

Das Wiederaufstarten des Reaktors im Sinne dieser Auflage beginnt mit dem Entborieren des Reaktorkühlmittels zum Kritischmachen des Reaktors.

Die für die Nachweise erforderlichen Unterlagen sind auch dem TÜV Baden zu übersenden.

4.2 Sechs Wochen vor dem Abfahren zum Brennelementwechsel sind dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden Unterlagen über die während der Stillstandszeit vorgesehenen sicherheitstechnisch relevanten Tätigkeiten (außer dem Brennelementwechsel selbst und wiederkehrenden Prüfungen gemäß Prüflisten) und über die in der Unterlage II.4.3 genannten Prüfungen und Kriterien für wiedereinzusetzende Brennelemente sowie der Beladeplan mit den zugehörigen Vorausberechnungen für den Folgekern zu übersenden.

4.3 Einen Monat vor dem ersten Abtransport abgebrannter Brennelemente ist dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden eine Unterlage zu den vorgesehenen betrieblich-administrativen Maßnahmen zu übersenden, die bei der Handhabung des beladenen Transportbehälters mit dem Halbportalhubgerüst erforderlich sind.

4.4 Jeweils zwei Monate vor dem erstmaligen Einsatz eines Brennelementtransportbehältertyps sind dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden Unterlagen über die technische Ausführung der Lastanschlagpunkte zu übersenden.

Einen Monat vor dem Einheben eines Brennelementtransportbehälters in das Reaktorgebäude sind dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden die Prüfbescheinigungen über die durchgeführten wiederkehrenden Prüfungen an den Lastanschlagpunkten zu übersenden.

- 4.5 Der jeweilige Entnahmezeitpunkt der einzelnen Proben-
sätze des Reaktordruckbehälter-Bestrahlungsprogrammes
ist dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden zwei
Monate vorher schriftlich mitzuteilen.
- 4.6 Grenzwerteinstellungen und Potentiometereinstellungen
innerhalb des Reaktorschutzsystems JR, der Dampfer-
zeuger-Druckabsicherung JT 60 und der Begrenzungsein-
richtungen JTP für verschiedene Betriebszustände,
z.B. 100 %-Leistungsbetrieb, Teillastbetrieb,
Drei-Loop-Betrieb oder Streckbetrieb, sind vor dem
Anfahren dieser Betriebszustände in Gegenwart des
TÜV Baden vorzunehmen.
- 4.7 Vor dem jeweiligen Ersteinsatz mobiler Kompaktierungs-
einrichtungen für radioaktive Abfälle ist dem Ernäh-
rungsministerium die geeignete Aufstellung der Ein-
richtungen sowie die Einhaltung der zum Schutz des
Personals notwendigen Strahlenschutzmaßnahmen ein-
schließlich der in KTA-Regel 3604 Kap. 4.1 bis 4.3
geforderten Grundsätze nachzuweisen. Hierzu sind dem
Ernährungsministerium und dem TÜV Baden einen Monat
vor dem jeweiligen Ersteinsatz Unterlagen zu über-
senden.
- 4.8 Vor dem jeweiligen Ersteinsatz mobiler Konditionierungs-
einrichtungen ist dem Ernährungsministerium die sichere
Betriebsweise der Einrichtungen einschließlich der
Anschlüsse an die kraftwerksinternen Versorgungsmedien
und Hilfssysteme nachzuweisen. Hierzu sind dem Ernäh-
rungsministerium und dem TÜV Baden einen Monat vor
dem jeweiligen Ersteinsatz Unterlagen zu übersenden.
- Darüber hinaus sind vor jedem Einsatz die einwandfreie
Funktion dieser Einrichtungen sowie die Strahlenschutz-
maßnahmen für das Personal in einer Funktionsprüfung
in Gegenwart des TÜV Baden nachzuweisen.

- 4.9 Wird der Rücktransport eines Brennelementtransportbehälters mit Brennelementen aus KKP II zum Kernkraftwerk erforderlich, so sind dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden Unterlagen über die vorgesehenen Tätigkeiten im Kraftwerk unverzüglich zu übersenden.
- 4.10 Die Eingrünungsmaßnahmen sind gemäß dem landschaftspflegerischen Begleitplan (Stand Dezember 1985) durchzuführen. Beginn und Dauer dieser Maßnahmen für die Flächen, die während der Errichtung mit Baustelleneinrichtungen belegt waren, sind mit der Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege Karlsruhe abzustimmen.

5. Allgemeine Auflagen zur Anlagensicherheit

- 5.1 An allen Bauwerken, an denen während der Errichtungsphase Verschiebungs- und Setzungsmessungen durchgeführt wurden, sind diese Messungen fortzuführen.

Die Prüfintervalle für die Verschiebungs- und Setzungsmessungen sowie Einzelheiten zu diesen Messungen während der Betriebsphase der Anlage sind nach Unterrichtung des TÜV Baden und im Einvernehmen mit dem Innenministerium festzulegen.

Nach jedem Erdbeben, das die Intensität VI nach der zwölfteiligen Mercalli-Sponheuer-Karnik-Skala (MSK-Skala) am Standort des Kernkraftwerks erreicht oder überschreitet, sind an sicherheitstechnisch wichtigen Gebäuden Verschiebungs- und Setzungsmessungen durchzuführen.

Dem Ernährungsministerium, dem Innenministerium und dem TÜV Baden sind Unterlagen zu den Prüfintervallen und zu den Meßergebnissen zu übersenden.

- 5.2 An allen sicherheitstechnisch relevanten Gebäudedurchführungen ist nachzuweisen, daß die ausgeführten Konstruktionen die gemäß Auflage 5.1 jeweils gemessenen Relativsetzungen und Verschiebungen aufnehmen können. Durch Vergleich mit den entsprechenden Vorgaben sind die vorhandenen Reserven (auch für das Sicherheitserdbeben) zu ermitteln. Unterlagen über die geführten Nachweise und die ermittelten Reserven sind dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden zu übersenden.

- 5.3 Wiederkehrende Prüfungen nach Prüfliste 1 sowie die wiederkehrenden Prüfungen nach Prüfliste 2, die mit Beteiligung von Sachverständigen gemäß § 20 AtG erfolgen, dürfen nur nach geprüften Prüfanweisungen durchgeführt werden. Diese Prüfanweisungen sind nach Erstellung und nach Änderung dem TÜV Baden zu übersenden.
- 5.4 Die wiederkehrenden Prüfungen an Komponenten und Systemen nach Prüfliste 1 und 2 sowie die zugehörigen Prüfanweisungen sind aufgrund der Erfahrungen - insbesondere der Ergebnisse der wiederkehrenden Prüfungen - fortzuschreiben.
- Die Ergebnisse der wiederkehrenden Prüfungen sind zu dokumentieren. Sicherheitstechnisch wesentliche Ergebnisse sind dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden unverzüglich mitzuteilen.
- 5.5 Die Traversen zum Transport des Brennelementtransportbehälters sind unter Zugrundelegung der erhöhten Anforderungen der KTA-Regeln 3902 und 3903 auszulegen, zu fertigen und zu prüfen. Wiederkehrende Prüfungen an ihnen sind in Prüfliste 1 aufzuführen.
- 5.6 Auf Anforderung des Ernährungsministeriums ist über die Funktion der Frischdampf-Sicherheits-Absperrarmaturen-Stationen (FSÄ-Stationen) aufgrund der Betriebserfahrungen zu berichten.
- 5.7 Auf Anforderung des Ernährungsministeriums ist über die Funktion des erweiterten dynamischen Magnetkern-Systems (EDM-System) aufgrund der Betriebserfahrungen zu berichten.

6. Schriftliche betriebliche Regelungen, Dokumentation

- 6.1 Für Arbeiten und Maßnahmen, die zur Gewährleistung der Sicherheit oder Sicherung erforderlich sind oder die die Sicherheit oder Sicherung beeinflussen können, müssen ausführliche schriftliche betriebliche Regelungen vorliegen. Die Anlage darf nur nach diesen Regelungen betrieben werden. Ausnahmen hiervon sind nur bei drohender Gefahr oder in besonders begründeten Einzelfällen mit schriftlicher Zustimmung des Fachbereichsleiters Betrieb oder des Leiters der Anlage zulässig.

Die betrieblichen Regelungen sind unter Berücksichtigung der Betriebserfahrungen auf dem neuesten Stand zu halten.

- 6.2 Die gesamte Kraftwerksanlage mit allen Einrichtungen und Ersatzkomponenten ist, soweit es für die Sicherheit und die Sicherung der Anlage von Bedeutung ist, einer regelmäßigen Instandhaltung zu unterziehen. Für alle wesentlichen Anlagenteile müssen Instandhaltungsanleitungen oder Instandhaltungsbücher vorliegen und auf dem aktuellen Stand gehalten werden.

Übersichtspläne zur regelmäßigen Wartung sind dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden nach Fertigstellung zu übersenden.

6.3 Alle unter sicherheitstechnischen Gesichtspunkten wichtigen Unterlagen, die nicht Teil der Sicherheitsdokumentation sind (vgl. Grundsätze des Bundesministers des Innern zur Dokumentation technischer Unterlagen), sind mindestens 5 Jahre aufzubewahren, soweit durch Gesetz, in Richtlinien oder in diesem Bescheid keine anderen Fristen vorgeschrieben sind. Entsprechende Unterlagen über die Brennelemente sind für die Lebensdauer der Brennelemente in der Anlage, mindestens jedoch 10 Jahre aufzubewahren; die Aufbewahrungspflicht endet jedoch zum Zeitpunkt der Wiederaufarbeitung oder Endlagerung.

Aufzeichnungen, in denen für die Beurteilung des Zustands der Anlage wichtige Angaben enthalten sind, müssen für die gesamte Betriebsdauer der Anlage aufbewahrt werden. Hierzu gehören auch die Aufzeichnungen über die gemäß I. 1.1 der 1. Teilbetriebsgenehmigung genehmigten Tätigkeiten.

In Ergänzung zu den unter II. 4.5 genannten Unterlagen sind dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden weitere Unterlagen zu übersenden, in denen Art und Umfang

- der betrieblichen Dokumentation,
- der Dokumentation der elektrotechnischen Unterlagen der Inbetriebsetzung und
- der Dokumentation der Sicherungsunterlagen

für das Erst- und Zweitexemplar der Sicherheitsdokumentation im Sinne der im ersten Absatz genannten "Grundsätze" festgelegt sind.

7. Änderungen, Instandsetzungen

7.1 Bei nicht wesentlichen Änderungen an der Anlage oder ihrer Betriebsweise und bei Änderungen schriftlicher betrieblicher Regelungen gemäß Auflage 6.1 ist das vom Ernährungsministerium festgelegte Verfahren anzuwenden.

7.2 Bei nicht wesentlichen Änderungen und bei Instandsetzungsarbeiten an sowie beim Austausch von apparativen, maschinentechnischen und elektrotechnischen Einrichtungen sind die folgenden Bestimmungen zu beachten:

7.2.1 Die Einrichtungen müssen den geprüften Unterlagen, z.B. Spezifikationen, Berechnungen, Zeichnungen, Fertigungsunterlagen und Prüfplänen entsprechen. Bei Änderungen dieser Unterlagen sind diese erneut dem TÜV Baden zur Prüfung vorzulegen oder einer entsprechenden Prüfung zu unterziehen.

7.2.2 Diese Einrichtungen sind Prüfungen (in der Regel durch Hersteller, GenehmigungsinhaberIn, Sachverständige) zu unterziehen, die in der Regel aus Vorprüfungen, Werkstoff-, Bau- und Druckprüfungen, Abnahme- und Funktionsprüfungen bestehen. Dies gilt sowohl für die Fertigung in den Herstellerwerken als auch für die Tätigkeiten in der Anlage. Über den Umfang und die Durchführung dieser Prüfungen müssen geprüfte Prüfpläne vorliegen. Die Durchführung dieser Prüfungen ist zu dokumentieren.

7.2.3 Vor Einbringen dieser Einrichtungen in die Anlage müssen die Vorprüfung oder eine entsprechende Prüfung und die Prüfungen in den Herstellerwerken abgeschlossen und dokumentiert sein. Vor Montage dieser Einrichtungen in der Anlage müssen geprüfte Prüfpläne vorliegen.

7.2.4 Bei Nachbestellung dieser Einrichtungen als Ersatzteile oder als Austauschteile auf der Basis vom TÜV Baden geprüfter Unterlagen ist im Einzelfall durch die Genehmigungsinhaberin festzustellen, ob die Auslegung sowie Art und Umfang der in Auflage 7.2.2 genannten Prüfungen zu aktualisieren sind.

8. Strahlenschutz

8.1 Die Schleusentüren der Personenschleuse für den Reaktorsicherheitsbehälter dürfen während Revisionsphasen nur unter folgenden Bedingungen offengehalten werden:

- Die Anlage ist abgefahren und befindet sich im Nachkühlbetrieb.
- Das Öffnen des Reaktordruckbehälters findet nicht statt.
- Eine Brennelement-Ausladung aus dem Reaktordruckbehälter in das Brennelement-Lagerbecken findet nicht statt.
- Die Aktivitätskonzentration von J 131 in der Raumluft, gemessen mit einem geeigneten Monitor im Bereich des Lagerbeckens, ist kleiner als 100 Bq/m^3 .
- Die Lüftung wird so betrieben, daß eine gerichtete Strömung der Luft durch die Personenschleuse in den Reaktorsicherheitsbehälter erfolgt.
- Es ist sichergestellt, daß der Zugang zum Reaktorsicherheitsbehälter durch die geöffnete Personenschleuse nur kontrolliert erfolgen kann.
- Es ist sichergestellt, daß die Personenschleuse jederzeit rasch wieder in Betrieb genommen werden kann.

Das Offenhalten der Schleusentüren der Personenschleuse bedarf der Zustimmung des Fachbereichsleiters Betrieb oder des Leiters der Anlage.

Für die zulässige Anzahl der Personen im Reaktorsicherheitsbehälter gelten die folgenden Festlegungen:

Zustand der Anlage	Anlage abgefahren, Nachkühlbetrieb		Anlage nicht abgefahren
	Öffnen RDE-Deckel, BE-Ausladung	Sonstiger Zeitraum	
Stellung der Schleusentüren der Personenschleuse	geschlossen	offen	geschlossen
Personenzahl im Reaktorsicherheitsbehälter	≤ 95	> 95	≤ 35

9. Notfallschutz

- 9.1 Unfälle, Störfälle und sonstige kerntechnische Notfälle sind der zuständigen Katastrophenschutzbehörde (RP Karlsruhe) über die Katastrophenmeldestelle (LPD Karlsruhe) unverzüglich zu melden.

Einzelheiten hierzu sind im Schreiben des Ernährungsministeriums Az. 95-3474.2.10 vom 4.2.1985 festgelegt.

- 9.2 Zur Erfüllung ihrer Beratungspflicht nach § 38 Absatz 2 StrlSchV hat die Genehmigungsinhaberin die zuständige Katastrophenschutzbehörde bei einem Unfall, Störfall oder sonstigen kerntechnischen Notfall entsprechend den Festlegungen im Schreiben des Ernährungsministeriums Az. 95-3474.2.10 vom 20.8.1984 zu informieren.

- 9.3 Die jeweils neueste Fassung der Alarmordnung und der Brandschutzordnung oder die entsprechenden Austauschseiten sind dem Ernährungsministerium und dem Regierungspräsidium Karlsruhe je in einfacher und dem TÜV Baden in zweifacher Fertigung zu übersenden. Der Landesanstalt für Umweltschutz ist die Alarmordnung in zweifacher Fertigung zu übersenden.

10. Entsorgung

- 10.1 Der Nachweis der Entsorgungsvorsorge ist entsprechend den "Grundsätzen zur Entsorgungsvorsorge für Kernkraftwerke" des Bundesministers des Innern vom 19.3.1980, Az. RS I 7-513 202/17 (BAnz. Nr. 58 vom 22.3.1980) während des Betriebes fortzuschreiben und zu konkretisieren. Die Fortschreibung des Nachweises gemäß Ziffer 2.2 dieser Grundsätze muß während der Betriebsdauer der Anlage alle drei Jahre geschehen.

Eine erhebliche Veränderung des Standes der dem Nachweis der Entsorgungsvorsorge zugrunde liegenden Voraussetzungen ist unverzüglich dem Wirtschaftsministerium mitzuteilen.

- 10.2 Der beabsichtigte Abtransport von Brennelementen und von radioaktiven Abfällen ist dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden spätestens acht Tage vor dem vorgesehenen Zeitpunkt des Abtransportes mitzuteilen.
- 10.3 Der mittlere Abbrand der Brennelemente ist auf 40 000 MWd/t Uran zu beschränken, es sei denn, die zuständige Atomrechtsbehörde hat nach Vorlage eines erweiterten Entsorgungsnachweises einen höheren Abbrand zugelassen.

11. Streckbetrieb

- 11.1 Die für den Streckbetrieb jeweils gewählte Fahrweise und ihre Änderung ist dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden einen Monat vor Aufnahme dieser Fahrweise und vor ihrer Änderung schriftlich mitzuteilen.

12. Regelmäßige Berichtspflichten

- 12.1 Über den Betrieb der Anlage sind dem Ernährungsministerium Monatsberichte spätestens bis zum Ende des übernächsten Monats jeweils in vierfacher Fertigung vorzulegen, in denen die Betriebsdaten sowie alle für die Beurteilung der Sicherheit der Anlage erforderlichen Angaben und der Stand der Arbeiten zur Durchführung von Änderungen an der Anlage enthalten sind.
- Je eine Mehrfertigung dieser Monatsberichte ist dem Wirtschaftsministerium, dem Innenministerium, dem TÜV Baden zu übersenden.
- 12.2 Jährlich zum 31.3. ist dem Ernährungsministerium ein Betriebsbericht über das vorausgegangene Kalenderjahr in sechsfacher Fertigung und dem TÜV Baden in einfacher Fertigung zu übersenden. In diesem Betriebsbericht sind insbesondere sicherheitstechnisch relevante Betriebserfahrungen und Angaben zur Strahlenexposition des Personals aufzunehmen.
- 12.3 Jährlich zum 31.3. ist dem Ernährungsministerium für das vorausgegangene Kalenderjahr die Summe der in der Anlage akkumulierten Personendosen (Kollektivdosen), nach Eigenpersonal und Fremdpersonal getrennt, in dreifacher Fertigung und dem TÜV Baden in einfacher Fertigung schriftlich mitzuteilen.
- 12.4 Jährlich zum 31.3. ist dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden eine Zusammenstellung der im vorausgegangenen Kalenderjahr bei den wiederkehrenden Prüfungen aufgetretenen Personendosen mit Zuordnung zu den jeweiligen Prüfvorgängen zu übersenden.
- 12.5 Jährlich zum 31.3. ist dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden ein zusammenfassender Bericht über die im vorausgegangenen Kalenderjahr durchgeführten wiederkehrenden Prüfungen und deren Ergebnisse zu übersenden.

- 12.6 Jährlich zum 31.3. ist dem Ernährungsministerium eine Liste der Genehmigungen, Erlaubnisse und Bewilligungen zu übersenden, die der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH im vorausgegangenen Kalenderjahr von anderen Behörden erteilt worden sind, soweit
- der Arbeitsschutz (ohne Arbeitszeitordnung),
 - der Immissionsschutz,
 - das Baurecht oder
 - das Wasserrecht
- betroffen ist.
- 12.7 Jährlich zum 31.3. ist dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden eine Unterlage zu übersenden, in der die Dosisbelastungen der Bevölkerung in der Umgebung der Anlage infolge der Ableitung radioaktiver Stoffe aus der Anlage im vorausgegangenen Kalenderjahr abgeschätzt werden.
- 12.8 Jährlich zum 31.3. ist dem Ernährungsministerium ein Bericht über den aktuellen Stand der Entsorgungsvorsorge gemäß Auflage 10.1 zu übersenden.
- 12.9 Jährlich zum 31.3. ist dem Ernährungsministerium und dem TÜV Baden ein Bericht über die Maßnahmen zur Erhaltung der Fachkunde der verantwortlichen Personen im vorausgegangenen Kalenderjahr zu übersenden.
- 12.10 Das Ernährungsministerium und der TÜV Baden sind alle 10 Jahre über das fortgeschriebene Stilllegungskonzept schriftlich zu unterrichten.

IV.

Hinweise

Neben den atomrechtlichen Genehmigungen gelten noch die folgenden atomrechtlichen Bescheide:

1. Sozialministerium
III/9-3474.1.5.1/A/76 vom 18.10.1976
Personendosen von Eigen- und Fremdpersonal
2. Sozialministerium
III/R-3410.6.5/A/78 vom 23.6.1978
Zutritt von Inspektoren der IAEA und der Euratom
3. Sozialministerium
VII/2-3470.1.8/80, VII/2-3475.1.8/80, VII/3-3474.1.8/80
vom 25.8.1980
Radioaktivitätsüberwachung in der Umgebung
4. Sozialministerium
VII/5-3474.1.8/80 vom 18.12.1980
Radioaktivitätsüberwachung in der Umgebung
5. Sozialministerium
VII/5-3474.1.8/80 vom 22.12.1980
Radioaktivitätsüberwachung in der Umgebung
6. Sozialministerium
VII/1-3412.11.1/VS-NfD Tgb.-Nr. 24/81 vom 13.2.1981 Zutritt
von Inspektoren der IAEA und der Euratom

7. Sozialministerium
VII/1-3474.2.16 vom 14.12.1983
Personenüberprüfungsregelung

8. Sozialministerium
VII/3-3474.2 vom 30.12.1983
Zutritt von Besuchern zu Kontrollbereichen und betrieblichen Überwachungsbereichen sowie Maßnahmen zur Messung von Personendosen

9. Ernährungsministerium
95-3474.2.8, 96-3474.1.8 vom 26.7.1984
Festlegung maximal zulässiger Aktivitätsabgaben mit Luft und Wasser für das Kernkraftwerk Philippsburg Block I und Block II

10. Ernährungsministerium
95-3474.2.10 vom 20.8.1984
Umfang der Beratungspflicht in Notfällen

11. Ernährungsministerium
95-3474.2.30.5 vom 21.8.1984
Kernreaktorfernüberwachungssystem (KFÜ)

12. Ernährungsministerium
97-3412.5.1 vom 30.11.1984
Kontrolle der Eigenüberwachung radioaktiver Emissionen
aus dem Kernkraftwerk Philippsburg Block II
13. Ernährungsministerium
93-3474.1.16/VS-NfD Tgb.Nr. 248 vom 6.12.1984
Zutritt von Behördenvertretern
14. Ernährungsministerium
93-3474.1.16/3474.2.16/VS-NfD Tgb.-Nr. 16 vom 3.6.1985
Zugang von Betriebs- und Fremdpersonal und Besuchern
15. Ernährungsministerium
91-3412.3 vom 7.10.1985
Meldepflichten gegenüber der atomrechtlichen Aufsichtsbehörde
16. Ernährungsministerium
91-3410.2.3/VS-NfD vom 23.10.1985
Zutritt von Inspektoren der IAEO

V.

Soweit nach anderen Vorschriften Genehmigungen erforderlich sind, werden sie von dieser Genehmigung nicht berührt.

VI.

Die Einwendungen der Einsprecher werden zurückgewiesen.

VII.

Für diese Genehmigung wird keine gesonderte Teilgebühr festgesetzt. Es bleibt vorbehalten, ergänzend zu den im bisherigen Genehmigungsverfahren festgesetzten Teilgebühren unter Anrechnung dieser Teilgebühren eine Gesamtgebühr festzusetzen.

Die für diesen abschließenden Genehmigungsschritt entstandenen Auslagen sind zu erstatten.

VIII.

Die sofortige Vollziehung dieses Bescheids wird angeordnet.

IX.

Gründe:

1. Sachverhalt
- 1.1 Stand des Genehmigungsverfahrens und Genehmigungsgegenstand

Die Kernkraftwerk Philippsburg GmbH betreibt auf der Rheinschanzinsel auf Gemarkung Philippsburg das Kernkraftwerk Philippsburg, Block II (KKP II); auf der Grundlage der Ersten Teilbetriebsgenehmigung (1. TBG) vom 30.08.1984 (Nr. IV 8760-KKP II/3012).

Die 1. TBG enthält verschiedene Beschränkungen für den nuklearen Betrieb:

- Der auf die Inbetriebsetzungsphase folgende Leistungsbetrieb ist bis zum 1. Brennelementwechsel einschließlich des Wiederbeladens des Reaktors mit neuen Brennelementen beschränkt.
- Das Kompaktlager darf nur schächtbrettartig belegt werden.
- Es dürfen nur Brennelemente eingebracht werden, die bis zu 3,2 Gewichts-Prozent U 235 angereichert sind und Steuerstabführungsrohre aus Stahl besitzen.

Die letzte Beschränkung ist mit der "Genehmigung zum Einsatz von höher angereicherten Brennelementen" vom 10.04.1985 (Nr. IV 8760-KKP II/3153) modifiziert worden. Es dürfen nunmehr für Nachladekerne beim Kraftwerksbetrieb Brennelemente mit einer U 235-Anreicherung bis zu 3,5 Gewichts-Prozent und mit bestimmten Strukturelementen aus Zircaloy eingesetzt werden.

Die Beschränkung bei der Nutzung des Brennelementlagerbeckens ist durch die Zweite Teilgenehmigung für den Betrieb (Genehmigung zur kompakten Belegung des Brennelement-Lagerbeckens mit Brennelementen von Block II/2. TBG) vom 30.05.1985 (Nr. IV 8760-KKP II/3254) aufgehoben worden. Das Brennelementlagerbecken darf kompakt mit Brennelementen belegt werden, die den Spezifikationen entsprechen, wie sie durch die Genehmigung zum Einsatz von höher angereicherten Brennelementen vorgegeben sind. Die 2. TBG ist beklagt.

Die nunmehr erteilte Genehmigung für den Betrieb (3. Teilbetriebsgenehmigung/3.TBG) schließt an die 1. TBG an; sie umfaßt den nuklearen Leistungsbetrieb beginnend mit dem Wiederanfahren nach dem ersten Brennelementwechsel.

Die 3. TBG bildet zusammen mit den von der Beschränkung des nuklearen Leistungsbetriebs nicht erfaßten Teilen der 1. TBG, der 2. TBG und der Genehmigung zum Einsatz von höher angereicherten Brennelementen die Grundlage für den zeitlich unbeschränkten Betrieb von KKP II.

Mit der 3. TBG ist das Genehmigungsverfahren, das mit dem Antrag der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH vom 24.06.1975, dem die Kraftwerk Union AG mit Schreiben vom 30.12.1976 beigetreten ist, eingeleitet worden ist und in dessen Verlauf vom 11.-15.10.1976 eine Erörterungsverhandlung stattgefunden hat, abgeschlossen. Dies bedeutet, daß Personen, die im Verlauf des nunmehr abgeschlossenen Genehmigungsverfahrens Einwendungen erhoben haben, bei etwaigen künftigen Verfahren erneut Einwendungen erheben müssen, wenn sie sich beteiligen oder ggfs. klagen wollen.

1.2 Gutachten

Im Rahmen des Verfahrens zur Erteilung der 3. TBG wurde zusätzlich zu den Gutachten, die der 1. und 2. TBG sowie der Genehmigung zum Einsatz von höher angereicherten Brennele-

menten zugrunde gelegen haben, folgende Gutachten eingeholt:

- Gutachtliche Stellungnahme zur Inbetriebsetzung und zum Betrieb der KKP II, Technischer Bericht Nr. 116-584-GjT 3-5 vom Februar 1986

Das Gutachten des TÜV Baden e.V. kommt auf der Grundlage dessen früherer Gutachten, der Inbetriebnahmeversuche und der Auswertung der bisherigen Betriebserfahrungen zum Ergebnis, daß keine sicherheitstechnischen Bedenken gegen den unbeschränkten Leistungsbetrieb von KKP II bestehen.

Die Genehmigungsbehörden haben das Gutachten auf Vollständigkeit und Schlüssigkeit sorgfältig überprüft und zur Grundlage ihrer Entscheidung gemacht.

2. Genehmigungsvoraussetzungen nach § 7 Abs. 2 AtG

2.1 Zuverlässigkeit der Antragsteller und der verantwortlichen Personen sowie Fachkunde der verantwortlichen Personen (§ 7 Abs. 2 Nr. 1 AtG)

Es liegen keine Tatsachen vor, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit der Antragstellerin und der für den Betrieb benannten verantwortlichen Personen ergeben könnten. Das verantwortliche Personal und die gesetzlichen Vertreter der Antragstellerin sind einer Sicherheitsprüfung unterzogen worden.

Die verantwortlichen Personen besitzen nach ihrer Ausbildung, Berufserfahrung und Fortbildung die erforderliche Fachkunde, die sich im seitherigen Anlagenbetrieb bestätigt hat.

2.2 Notwendige Kenntnisse der sonst tätigen Personen
(§ 7 Abs. 2 Nr. 2 AtG)

Wie bereits in der 1. TBG ausgeführt, ist gewährleistet, daß die beim Betrieb sonst tätigen Personen die notwendigen Kenntnisse über einen sicheren Betrieb, die möglichen Gefahren und die anzuwendenden Schutzmaßnahmen besitzen.

2.3 Nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche
Vorsorge gegen Schäden (§ 7 Abs. 2 Nr. 3 AtG)

Daß die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden beim Betrieb getroffen ist, ist bereits bei den unter Ziff. 1.1 dieses Abschnitts zitierten vorgängigen Genehmigungen eingehend dargelegt worden. Die bisherigen Betriebserfahrungen haben keine Anhaltspunkte ergeben, die zu Zweifeln an den früheren Feststellungen Anlaß geben.

Die 1. TBG enthielt noch Auflagen, in denen die Vorlage von Nachweisen gefordert wurde, die die Grundlage für die Entscheidung über einen zeitlich unbegrenzten Dauerbetrieb bilden. Diese Nachweise sind mit positivem Ergebnis sämtlich geführt, wovon sich die Genehmigungsbehörden mit Hilfe der Sachverständigen überzeugt haben.

Gestützt auf die Begutachtung durch die Sachverständigen, deren Vollständigkeit und Schlüssigkeit die Genehmigungsbehörden überprüft haben, kann ferner festgestellt werden, daß die von der Kernkraftwerk Philippsburg GmbH vorgelegten betrieblichen Regelwerke, die die vorläufigen, während der Inbetriebsetzungsphase geltenden Regelwerke ablösen, bei ihrer Einhaltung die Gewähr für einen sicheren Betrieb bieten.

2.4 Vorsorge für die Erfüllung gesetzlicher Schadensersatzverpflichtungen (§ 7 Abs. 2 Nr. 4 AtG)

Die Antragsteller haben entsprechend den Festlegungen in Abschnitt IV der 1. TBG den Abschluß einer Haftpflichtversicherung über 500 Mio DM, der möglichen Höchstsumme, nachgewiesen.

2.5 Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter (§ 7 Abs. 2 Nr. 5 AtG)

Der erforderliche Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter ist durch baulich-technische und organisatorische Sicherheitsvorkehrungen gewährleistet.

2.6 Reinhaltung des Wasser, der Luft und des Bodens (§ 7 Abs. 2 Nr. 6 AtG)

Es sind keine Gründe ersichtlich, die das bereits bei Erteilung der 1. TBG gebildete positive Urteil in Frage stellen könnten.

2.7 Ermessensentscheidung nach § 7 Abs. 2 AtG

Bei der Ermessensentscheidung nach § 7 Abs. 2 AtG war zu berücksichtigen, daß, - ist eine Anlage erst einmal aufgrund bestandskräftiger Errichtungsgenehmigungen ins Werk gesetzt, - die Ermessensausübung auf die Festlegung der Modalitäten für den Betrieb beschränkt ist, soweit keine neuen Umstände zutage treten, die einen Eingriff in den Bestandsschutz rechtfertigen. Es sind jedoch, insbesondere auch beim bisherigen Betrieb, keine Umstände erkennbar geworden, die es hätten nahelegen können, diese letzte Genehmigung im Rahmen des anhängigen Genehmigungsverfahrens zu versagen oder mit weitergehenden Auflagen als geschehen zu versehen.

3. Auflagen

Die Auflagen in Abschnitt III beruhen auf § 17 Abs. 1 Satz 2 AtG, wonach Genehmigung und allgemeine Zulassungen nach dem Atomgesetz inhaltlich beschränkt und mit Auflagen verbunden werden können.

Es ist darauf hinzuweisen, daß für den nuklearen Betrieb der Anlage fortgeltende Auflagen und Unterlagen aus früheren Teilgenehmigungen zur besseren Übersichtlichkeit übernommen worden sind, um durch eine vollständige Auflistung aller insoweit noch geltenden Auflagen und Unterlagen den Anlagenbetrieb und für die Aufsichtsbehörde die Überwachung zu erleichtern.

4. Einwendungen

Die Einwendungen der Einsprecher, die im Öffentlichkeitsbeteiligungsverfahren vor Erteilung der Ersten Teilerrichtungsgenehmigung (1. TEG) erhoben worden sind, sind zurückzuweisen.

Die Einwendungen sind in der 1. TEG ausführlich und erschöpfend behandelt worden. Es kann daher zur Begründung in vollem Umfang auf die 1. TEG Bezug genommen werden, die öffentlich bekannt gemacht worden ist.

Die Einwendungen, die im Verfahren vor Erteilung der 6. TEG (Genehmigung zum Einbau von Kompaktlagergestellen) erhoben worden sind, betreffen den nunmehrigen Genehmigungsumfang nicht. Über sie ist abschließend in der 6. TEG und der 2. TBG (Genehmigung zur kompakten Belegung des Brennelements-Lagerbeckens) entschieden worden.

5. Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften (§ 14 AtvFV)

Die Beachtung sonstiger öffentlich-rechtlicher Vorschriften ist abschließend bei Erteilung der 1. TBG geprüft worden. Neue Gesichtspunkte haben sich nicht ergeben.

6. Sofortvollzug

Die angeordnete sofortige Vollziehung beruht auf § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung vom 21. Januar 1960 (Bundesgesetzblatt I S. 17).

Sie ist im überwiegenden öffentlichen Interesse und im überwiegenden Interesse der Antragstellerin geboten.

Ohne die Anordnung des Sofortvollzugs könnte KKP II bei einer möglichen Anfechtungsklage wegen deren aufschiebender Wirkung bis zu einer rechtskräftigen Klagabweisung nach Abschluß des Brennelementwechsels nicht weiter betrieben werden.

Dies widerspräche dem öffentlichen Interesse an einer preiswerten und umweltfreundlichen Stromerzeugung.

Könnte KKP II zeitweilig nicht weiterbetrieben werden, müßten erhebliche Kostennachteile in Kauf genommen werden, die von den Energieversorgungsunternehmen nach Möglichkeit in Preiserhöhungen umgesetzt würden, weil die von KKP II erzeugten Strommengen zwangsläufig zu höheren Kosten zugekauft, zumindest teilweise auf Kohlebasis erzeugt und zudem die Stillstandskosten von KKP II getragen werden müßten.

Eine vermehrte Stromerzeugung auf Kohlebasis wäre wegen der unvermeidlichen Schadstoffemissionen von Kohlekraftwerken aber auch nicht im Interesse des Umweltschutzes.

Für die Kernkraftwerk Philippsburg GmbH bzw. für die mit ihr durch Beherrschungsvertrag verbundenen Energieversorgungsunternehmen Badenwerk AG und Energieversorgung Schwaben AG entstünden erhebliche Ertragsausfälle, da sie die oben näher dargestellten Mehrkosten nicht vollständig auf den Strompreis umlegen könnten, weil die Möglichkeiten hierzu nach Zeitpunkt und Umfang zivil- und preisrechtlich begrenzt sind.

Das öffentliche Interesse und das private Interesse an einer sofortigen Vollziehung des Genehmigungsbescheids waren gegen die Interessen Dritter an einer aufschiebenden Wirkung einer Anfechtungsklage abzuwägen. Dabei war zu berücksichtigen, daß die nunmehr erteilte letzte Teilbetriebsgenehmigung, soweit der aktuelle nukleare Betrieb und nicht erst die in einigen Jahren möglicherweise notwendig werdende Kompaktlagerung abgebrannter Brennelemente angesprochen ist, auf unanfechtbar gewordenen Teilerrichtungs- und Teilbetriebsgenehmigungen aufbaut und ein potentieller Kläger in einem etwaigen Prozeß nach § 7 b AtG nicht mit Einwendungen gehört werden könnte, die gegen bereits erteilte Teilgenehmigungen hätten vorgebracht werden müssen. Durch die bestandskräftigen Teilgenehmigungen zur Errichtung und zum Betrieb und die nunmehr festgesetzten Modalitäten des Betriebs ist der nuklearen Sicherheit sowie dem Umwelt- und Strahlenschutz in vollem Umfang Rechnung getragen. Es ist gewährleistet, daß durch den genehmigten nuklearen Betrieb keine Schäden an Leben, Gesundheit und Sachgütern zu befürchten sind. Daher war bei der gebotenen Interessenabwägung den öffentlichen und privaten Interessen an der Anordnung des sofortigen Vollzugs der Vorrang vor möglicherweise entgegenstehenden Interessen Dritter an der aufschiebenden Wirkung der Klage einzuräumen.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Schubertstraße 11, 6800 Mannheim 1, erhoben werden.